Wahrnehmung des Terrorismus und Folgen für die Terrorabwehr

Autor(en): **Oliva, Carl**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 11

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69936

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wahrnehmung des Terrorismus und Folgen für die Terrorabwehr

■ Carl Oliva *

Die Schweiz hat bislang keine sicherheitspolitischen Leistungsaufträge im engeren Sinne definiert. Im Zweckartikel der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft heisst es unter anderem, dass die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes gewahrt werden sollen. Im zweiten Abschnitt der Bundesverfassung, worin Sicherheit, Landesverteidigung und Zivilschutz festgelegt sind, werden die Sicherheit des Landes und der Schutz der Bevölkerung auf der einen Seite und der Bereich der inneren Sicherheit auf der anderen Seite genannt.

Artikel 58 der Bundesverfassung legt die Grundlage für die Rolle der Armee fest: (1) Verteidigung von Land und Bevölkerung – sie dient der Kriegsverhinderung und trägt zur Erhaltung des Friedens bei, indem sie das Land und seine Bevölkerung verteidigt; (2) Unterstützung der Behörden – sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwer wiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Im Militärgesetz wird der Auftrag der Armee gleich lautend festgelegt. Ergänzt werden lediglich die Begriffe der «ausserordentlichen Lagen», indem insbesondere auf Katastrophen im In- und Ausland verwiesen wird, und «Erhaltung des Friedens», indem ergänzend auf das Leisten von Beiträgen zur Friedensförderung im internationalen Rahmen hingewiesen wird. Weder die Bundesverfassung noch das Militärgesetz enthalten eine darüber hinausgehende Vorstellung und einen spezifischen Auftrag betreffend Sicherheit unter der Rahmenbedingung des derzeitigen militärisch-politischen Weltsystems. Damit fehlt eine wesentliche Voraussetzung für eine sicherheitspolitische Strategie. Das hat weiter zur Konsequenz, dass die Optik, um die strategische Lage aus der Sicht der Schweiz zu beobachten, auf Grund vergangener Erfahrungen, jedenfalls nicht auf Grund der aktuellen Lage geprägt ist. Eine eigentliche sicherheitspolitische Strategie würde die aktuelle Lage sowie die seit dem Ende des Kalten Krieges veränderte Bedrohungslage mit neuen, zusätzlichen Fragen beobachten, wodurch sich auch die Wahrnehmung des Terrorismus verändern würde.

Als Folge der fehlenden Voraussetzung für eine sicherheitspolitische Strategie ist die Schweiz mit vier Problemen konfrontiert, die sich am Beispiel des Phänomens Terrorismus besonders deutlich hervorheben:

(1) das Problem der Wahrnehmung des Terrorismus und der entsprechenden Adaptation zur Verhinderung solcher Ereignisse;

(2) das Problem des nicht mehr zeitgemässen dualen Bedrohungsverständnisses in der Ziel- und Auftragsformulierung für die Armee;

(3) das Fehlen sicherheitspolitischer Aufträge und Folgeregulierungen für die Armee; und

(4) das Fehlen eines entsprechenden Trainings und einer diesbezüglichen Kompetenz, die unabhängig von den bisherigen Bemühungen zur Wahrung der inneren Sicherheit auftreten kann.

Zum Problem der Wahrnehmung des Terrorismus

Terrorismus wird so inszeniert, dass Bilder von Einzelereignissen geschaffen werden, welche die Wahrnehmung steuern. Diese Bilder haben die Funktion, einem weit grösseren Teil von Menschen die Wucht und die Letalität des Terrors zu vermitteln und sie damit in dessen Banne zu ziehen, als die unmittelbaren Adressaten. So existiert das Bild des 11. September 2001: In New York und Washington steuern Attentäter drei Flugzeuge in das World Trade Center und das Pentagon. Ein viertes Flugzeug stürzt über Pennsylvania ab. Insgesamt kommen über 3000 Personen ums Leben. Ein weiteres Bild besteht im Anschlag auf die Synagoge am 11. April 2002 auf der tunesischen Ferieninsel Djerba. Bei diesem Anschlag kommen 21 Personen ums Leben. Ein weiteres Bild besteht aus der Serie von Bombenanschlägen auf Pendlerzüge in Madrid am 11. März 2004. Dabei kommen 191 Personen ums Leben, rund 1500 weitere werden verletzt. Weiter ist das Bild über die Serie von Anschlägen in London am 7. Juli 2005 zu nennen, das nach offiziellen Berichten zu 52 Todesopfern geführt hat. Die spektakulären Bilder bleiben, die anderen werden wieder vergessen. Keine Beachtung findet der Vorhof solcher Anschläge. Anfang März 2005 liess der ehemalige ranghöchste Polizist des Vereinigten Königreichs, Sir John Stevens, verlauten, dass sich rund 200 Al-Qaida-Terroristen in Grossbritannien befänden und Terroranschläge gegen die britische Bevölkerung ausführen würden, wenn sie könnten. Er hatte in den vergangenen Jahren mehrfach seine Meinung dahingehend geäussert, ein Anschlag in London sei «unabwendbar». Ähnliche Spitzen des Eisbergs finden sich auch in der Schweiz. Die Schweizer Behörden hatten Ende Februar 2005 fünf Muslime verhaftet, die im Internet zu terroristischen Aktionen aufgerufen haben. Es habe sich dabei um zahlreiche Videos mit Darstellungen von Geiseltötung und Verstümmelung von Menschen gehandelt. Die Internetseiten stellen offenbar im Prozess der Konstruktion von Bildern eine zweite Dimension dar, eine Dimension, die bislang bedeutend weniger beachtet und untersucht wurde.

Mit der medialen Unterstützung wird eine Wahrnehmungsweise gefördert, welche vom Einzelereignis ausgeht und Ursachen und Folgen dazu eher frei assoziiert, wodurch der Faktenzusammenhang in den Hintergrund rückt. So stellte ein britischer Expertenbericht zu den Anschlägen in London fest, die Kriegsbeteiligung Grossbritanniens im Irak und in Afghanistan hätte die Terrorgefahr in Grossbritannien erhöht. Solche vordergründigen und schnell abrufbaren Erklärungen verstellen den Blick auf die strukturellen und sozialpsychologischen Mechanismen, welche die Wahrscheinlichkeit terroristischer Anschläge erhöhen. Der Faktenzusammenhang ist nicht ausschliesslich dort zu suchen, wo die Medien ihre Scheinwerfer darauf richten. Manchmal überlagern sich Mechanismen mit aktuellen Konfliktschauplätzen, was nicht heisst, dass damit ursächliche Zusammenhänge gefunden werden können, denn es gibt auch Scheinkorrelationen. Eine spezifische sicherheitspolitische Strategie könnte einer solchen Verschiebung der Optik klar entgegenwirken.

Nebst den Medien gibt es auch die ordentliche Tätigkeit des Staates, sich mit der Lage der inneren Sicherheit auseinander zu setzen. Der Bericht innere Sicherheit der Schweiz hält das Resultat dieser Tätigkeit fest. Darin werden auch die Beobachtungen zu gewalttätigem Extremismus und Terrorismus zusammengefasst. Bezüglich des islamistischen Terroranschlags am 11. März 2004 in Madrid wird festgehalten, dass dadurch erstmals ein westeuropäisches Land Opfer der globalen Dschihadbewegung geworden sei. In diesen Zusammenhängen wird laut Bericht 2004 der Schweiz keine zentrale Rolle attestiert. Der Bericht zeigt auch, man ist nicht untätig gewesen in der Terrorprävention. So wird auf die Bestrebungen zur Revision des Bundesgeset-

* Dr. Carl Oliva, Oliva & Co., Zürich, Beratung durch empirische Forschung.

zes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit hingewiesen, die darauf abzielen, das präventivpolizeiliche Dispositiv auszubauen. Bei der Einschätzung der möglichen Entwicklung gelangt der Bericht 2004 zum Schluss, dass mit Attentaten dschihadistischer Terroristen auch in Zukunft gerechnet werden müsse. Darin wird auch die Vermutung geäussert, dass die mutmasslichen Täter über europaweite Kontaktnetze verfügen würden, in die auch vereinzelte Anhänger in der Schweiz einbezogen sein könnten. Aus der gesamten Lageeinschätzung wird jedoch gefolgert, dass die Schweiz für Aktivisten islamistischer Terrorgruppen aus dem Ausland nach wie vor kein Hauptangriffsziel darstelle. Trotzdem wird auf Grund der internationalen Position der Schweiz eine Verwundbarkeit durch terroristische Akte festgestellt. Überdies wird die Hypothese festgehalten, je geringer die politische Motivation dschihadistischer Terroristen sei, desto eher könnten sie auch in der Schweiz zur Tat schreiten, zumal Faktoren wie Orts- und Sachkenntnis und logistische Möglichkeiten bei der Zielwahl eine wichtigere Rolle spielen könnten als eine aus ihrer Sicht politische Rechtfertigung.

Die Lageanalyse in den Berichten innere Sicherheit der Schweiz ist differenziert und objektiv. Würde man diese Berichte vor dem Hintergrund einer sicherheitspolitischen Strategie ausarbeiten, würden sie um einige Kapitel ergänzt werden. Im Rahmen einer sicherheitspolitischen Strategie hätte man weiter gehen können als die Analyse der Nachrichtenmeldungen und Beobachtungen. Gefordert wäre das Entwickeln und die Analyse von Szenarien, das Aufstellen von Prognosen und das stringente Herleiten von Konsequenzen.

Auf einen Sachverhalt, der im Bericht innere Sicherheit der Schweiz aufgegriffen wird, soll noch besonders eingegangen werden, weil er einen wichtigen Hinweis darauf gibt, dass eine weiterführende sicherheitspolitische Strategie notwendig ist. Dieser Sachverhalt des Berichts 2004 besteht in der Feststellung, dass der Islamismus in Europa in der Mehrzahl durch Migranten der ersten oder zweiten Generation getragen würde, die hier verwurzelt oder sogar geboren seien. Sie hätten auch kaum mehr Bezug zum Heimatland und zur traditionellen Religiosität und würden zumindest nach aussen hin bestens integriert sein. Diese neue Generation von Dschihadisten sei zudem nicht in Ausbildungslagern in Afghanistan oder in ihrem Herkunftsland radikalisiert worden, sondern in Europa selbst. Damit wird ein wesentlicher Punkt in der Diskussion über den Terrorismus aufgegriffen, der in jüngster Zeit nämlich ganz selten diskutiert worden ist. Es handelt sich um die Tatsache, dass bei den neueren terroristischen Ereignissen die Angriffe auf ein Land von aussen ausgehen, aber innerhalb des Territoriums vorbereitet und durchgeführt werden, ohne dass Grenzübertritte wesentlich sind. Dabei wäre auch die Meinung falsch, dass die moderne Gesellschaft stärker verwundbar sei, von den Energie- bis hin zu den Datennetzen, denn die Verwundbarkeit hat ihre ganz spezifische Ursache, auf die hier kurz eingegangen werden soll.

Aus verschiedenen Gründen haben sich nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 die internationalen Migrationsströme vertieft und beschleunigt, ohne dass diese durch ein globales Mobilitätsregime geregelt worden wären. Das hat in den Immigrationsländern beinahe unbemerkt zu einer völlig neuartigen Sozialstruktur (Unterschichtung durch eine grundlegend andere Kultur) geführt, wodurch unter der Voraussetzung der oben genannten Hypothese die Terrorwahrscheinlichkeit erhöht worden ist. Die Ursache dafür lässt sich wie folgt beschreiben.

«Verlangt wird eine Neubeurteilung der strategischen Lage und die Formulierung einer sicherheitspolitischen Strategie hinsichtlich der Position des Kleinstaates Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der Terrorismusproblematik.»

Zunächst stellt sich die Frage: Wann sind terroristische Anschläge wahrscheinlich? Zunächst ist festzuhalten, dass Terrorismus, von dem wir hier sprechen, unter der Voraussetzung grosser kultureller Distanz zwischen sozialen Kollektiven entsteht. Hinzu kommt eine grosse sozialstrukturelle Distanz zwischen «unten» und «oben». Weiter ist von Bedeutung, dass diese unterschiedlichen Kollektive voneinander weit gehend funktional unabhängig sind, was einer fehlenden oder fehlgeschlagenen Integration in die Einwanderungsgesellschaft entspricht. Der terroristische Akt wird vom tiefrangigen Kollektiv in der Sozialstruktur ausgehend auf das hochrangige und kulturell verschiedene ausgeübt. Dem terroristischen Akt liegen soziale Spannungen zwischen dem eingewanderten Kollektiv und dem autochtonen Kollektiv zugrunde. Terrorismus ist also umso wahrscheinlicher, wenn solche sozialen Spannungen bestehen, je grösser die soziale Distanz zwischen Kollektiven ist und wenn gleichzeitig die geografische Distanz gering genug ist, um Gewalt gegen Bevölkerungsmassen auszuüben. Mit der oben genannten Art der Immigration (kulturelle, religiöse, soziale Unterschiede usw.) wird eine ebensolche Situation wahrscheinlicher. Sie stellt für die westlichen Gesellschaften auch ein Novum dar, das nicht mehr auf Grund der Erfahrungen mit den vergangenen Immigrationswellen verstanden werden kann, weil sie damals nicht solche grossen kulturellen Unterschiede hervorgebracht hatten.

Zum besseren Verständnis dieser Erklärung machen wir die Gegenprobe: Wo und unter welchen Bedingungen entsteht kein Terrorismus? Terrorismus entsteht dann nicht (oder ist weniger wahrscheinlich), wenn die sozialen Spannungen eher zwischen Individuen und nicht zwischen Kollektiven ausgetragen werden, wenn die Kontrolle des Kollektivs angemessen und legitimiert ausgeübt wird, wenn die soziale und kulturelle Distanz zwischen Kontrahenten eher gering ist (Mitglieder des kulturell gleichen Kollektivs).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die «soziale Geometrie» bis anhin weit gehend mit der «räumlichen Geometrie» korrespondierte, sodass, um es kurz zu formulieren, kulturell ähnliche Personen auch räumlich zusammenlebten und fern von kulturell verschiedenen Personen ihre Gesellschaften bildeten. Auf Grund dieser ordnenden Differenzierung, in der die sozialen Distanzen mit den räumlichen Distanzen übereinstimmten und somit die Kontakte zwischen sozial sehr verschiedenen Kulturen auf dem gleichen Territorium selten waren und die verschiedenen Kollektive sich nicht in einer Rangordnung unterschieden, entstand kein Terrorismus. Die neuen Migrationsströme nach dem Ende des Kalten Krieges haben die gewohnte Ordnung grundlegend verändert. Damit entstand eine ähnliche Situation wie zum Beispiel im kolonialen Algerien, wo die sozialen Unterschiede zwischen den Kollektiven immens gross und die räumlichen Unterschiede klein waren. Von dem Moment an, wo die differenzierende und ordnende Kraft der räumlichen Distanz verloren geht, was nebst der Immigration auch mit den neuesten Kommunikationstechniken gefördert wird, wird die Bedeutung der sozialen Geometrie an Gewicht gewinnen. Die sozialen Spannungen innerhalb dieser sozialen Geometrie stellen nicht eine notwendige, aber eine hinreichende Quelle für Terrorismus dar. Weil aber soziale Spannungen mit der oben erwähnten neuartigen Sozialstruktur der westlichen Gesellschaften zusammenfallen, wird Terrorismus wahrscheinlicher. Und, die neue Kommunikationstechnologie macht Terrorismus kurzfristig einfacher und tödlicher, langfristig zerstört er jedoch eigenhändig jene soziale Geometrie, auf dem der Terrorismus aufbaut. Diese Zusammenhänge gilt es zu vertiefen, denn sie bilden, werden Konse-

quenzen daraus gezogen, im Prinzip die Grundlagen für sicherheitspolitische Leistungsaufträge.

Zum Problem des dualen Bedrohungsverständnisses

Auf Grund der oben stehenden Ausführungen kann es nicht das Ziel der Sicherheitspolitik sein, lediglich zwischen einer (1) Verteidigung von Land und Bevölkerung gegenüber äusseren Bedrohungen einerseits und (2) Unterstützung der Behörden bei Bedrohung der Ordnung von innen andererseits zu unterscheiden. Mit der genannten neuartigen Gesellschaftsstruktur sind auch Mischformen nötig: (3) Verteidigung von Land und Bevölkerung gegenüber äusseren Bedrohungen, die vom eigenen Territorium ausgehen; und (4) Unterstützung der Behörden im In- oder Ausland durch internationale Kooperation.

Das verlangt in der Konsequenz ein Überdenken der Ziele zum Schutz der Sicherheit des Landes, eine Neubeurteilung der strategischen Lage und die Formulierung einer sicherheitspolitischen Strategie hinsichtlich der Position des Kleinstaates Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der Terrorismusproblematik.

Zum Problem des Fehlens sicherheitspolitischer Aufträge

Reiner Terrorismus, so wie er in jüngster Zeit auftritt, ist weit gehend ein Phänomen der modernen Epoche. Terrorismus durch und gegen Zivilisten setzt Kontakte zwischen Feinden über eine geringe räumliche Distanz voraus. Dabei sind modernste Technologien im Spiel, einschliesslich Transportmöglichkeiten, elektronische Kommunikation und neue Waffen, um Gewalt gegen grössere Massen auszuüben. Eine allfällige terroristische Bedrohung der Bevölkerung und ihrer Einrichtungen stellt damit unter dem Gesichtspunkt der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Terrorabwehr und auch unter rechtlichen Gesichtspunkten eine besondere Herausforderung dar, die nicht aus dem Stand bewältigt werden kann. Terrorismus führt notwendigerweise zur Terrorabwehr. Die Terrorabwehr verlangt nach einer anderen Form als sie in der Verbrechensbekämpfung oder auch in der Milzarmee vorfindbar ist, sie wird letaler sein und sie muss sich gleichermassen mit der durch den Terroranschlag verbreiteten Unsicherheit auseinander setzen. Um nicht Gefangene des Spiels einer sich aufschaukelnden Konfliktspirale zu werden, wie beispielsweise die Gewaltspirale in Nordirland gezeigt hat, ist Terrorabwehr primär eine Präventionsaufgabe, sie ist proaktiv in dem Sinne, dass mit allen Mitteln die Bedrohung abgewendet wird, weit bevor ein Terroranschlag stattfinden kann. Die Terrorabwehr wird deshalb unweigerlich auch mit Fragen der Menschenrechte konfrontiert werden, was eine weitere Notwendigkeit darstellt, sie durch einen breiten Konsensus und einen Leistungsauftrag zu legitimieren.

Zum Problem des Fehlens von Training und Kompetenz für die Terrorabwehr

Es geht hier vor allem um das Problem, das dann entsteht, wenn entsprechende Leistungsaufträge fehlen. Es zeigt sich immer wieder, dass die Terrorabwehr auf Druck der Bevölkerung aufgebaut wird und nicht als Folge der umsichtigen strategischen Planung anhand akkumulierter Erfahrungen. Im schlimmsten Fall sind die Folgen katastrophal, sowohl für die Opfer als auch für die liberalen politischen Institutionen. Demokratische Gesellschaften sind in der Regel sehr zögerlich im Entwickeln von Lösungen zur Terrorabwehr. Oft besteht die Angst, offene Gesellschaften würden sich auf Grund der Institutionalisierung von Terrorabwehrkräften schliessen. Es ist aber auch denkbar, dass offene Gesellschaften sich deshalb schliessen, weil gerade eine entsprechende Sicherheitsstrategie fehlt und deshalb den Bedrohungen nur reaktiv begegnet wird. Die Schliessung ist immer die Antwort auf unbekannte Bedrohungslagen, die Folge von Fehlverhalten und Vorurteilen. Die beste Lösung, um die Terrorbedrohung zu minimieren und zu rationalisieren, besteht darin, die strategische Lage und insbesondere die Terrorproblematik sorgfältig zu analysieren, eine eindeutige, jedoch flexible Strategie der Terrorabwehr aufzubauen und eine mehrheitsfähige Strategie zu fördern, welche die entsprechenden Aufträge absichert und die entsprechenden professionellen Rollen aufbauen lässt.

Der Einfluss des Terrorismus auf die gesellschaftliche Ordnung ist bei weitem komplexer und nachhaltiger als der einzelne terroristische Akt es vermuten lässt. Terroristische Aktionen konstruieren eine Wirklichkeit, die es eigentlich nicht gibt, die unerwünscht ist und indem spontan darauf reagiert wird, sie als nicht beabsichtigte Wirkung durch die Hintertür dennoch zur Realität wird. Die Botschaft, die ein Terrorakt aussendet, falls überhaupt von einer Botschaft gesprochen werden kann, ist geprägt durch die Identität der Betroffenen (Ziel des Anschlages) und der Art und Weise, wie sie attackiert werden (Taktik). Um diesen Zirkel zu durchbrechen, in welchem, nicht zuletzt durch die Unterstützung der Medien, eine neue Realität definiert wird, braucht es besondere Schulung und Organisation. Diese Zusammenhänge lehrt uns nicht zuletzt das Beispiel der USA. Obschon sie sich intensiv auf Terrorismus vorbereitet hatten, zeigten die Reaktionen auf den 11. September 2001 besonders deutlich, dass im eigenen Land keine Erfahrungen im Umgang mit Terrorismus bestanden hatten.

Mit der vorliegenden kurzen Analyse des Zusammenhangs zwischen der institutionellen Wahrnehmung des Terrorismus und dem daraus hervorgehenden Dispositiv zur Terrorabwehr konnten Lücken bestimmt werden. Weil der Terrorismus, von dem hier die Rede ist, ein für die westlichen Gesellschaften neues Phänomen ist, fehlen der Terrorabwehr eine ganze Reihe von Erfahrungen und Institutionen, die erst noch geschaffen werden müssen. Für eine angemessene Vorgehensweise, um diese Lücken zu schliessen, müsste die Schweiz als Kleinstaat eine eigene sicherheitspolitische Strategie entwickeln, die insbesondere im Umfeld des Terrorismus ansetzt und die auf Grund von spezifischen Leistungsaufträgen Institutionen schafft, die Terrorabwehrkräfte ausbilden und zur Verfügung stellen. ■

Leistungsaufträge

Unter den freisinnig-liberalen Prioritäten 2004 bis 2007 stehen unter dem Titel **Der Kleinstaat Schweiz benötigt eine umfassende Sicherheitsstrategie** folgende Leistungsaufträge an die Schweizer Armee:

- Sicherstellung der *Verteidigungskompetenz* mittels eines Aufwuchskerns im Umfang einer Brigade
- Ausrichten des Gros der Armee auf die Konsequenzen des wahrscheinlichsten Bedrohungsfalls: *Raumsicherung*
  - hält die Alpentransversalen offen
  - schützt die sensitiven Objekte und Infrastrukturen
  - überwacht den Luftraum
  - schützt die Lufthoheit
  - kann gleichzeitig vier strategische Räume sichern
  - kann bei Verletzung der schweizerischen Souveränität mit anderen Streitkräften zusammenarbeiten

Subsidiäre Einsätze:

- schützt internationale Konferenzen in der Schweiz
- unterstützt die zivilen Behörden bei Katastrophen im In- und im Ausland
- verstärkt in ausserordentlichen Lagen das Grenzwachtkorps und unterstützt die Polizei

Friedensunterstützung und Friedensförderung vor Ort:

- baut seine Kapazitäten wesentlich aus
- unterstützt internationale Stäbe mit Spezialisten
- nimmt am Programm «Partnership for Peace» teil

G.